

Gefahr, daß die Familie zu einer Versorgungseinrichtung, zu einer Versorgungsinstitution wird; denn was kann ein Kind dafür, wenn seine Eltern nicht ausreichend Rente bekommen.

(Vereinzelt Beifall bei DBD/DFD und PDS)

Moralisch sind solche Pflichten völlig gerechtfertigt. Die gesetzliche Pflicht sollte aus unserer Sicht aber beschränkt werden, und zwar in der Weise, daß Ehepartner oder Verwandte erst dann in die Pflicht genommen werden, wenn ein Einkommensbetrag von 900 DM Netto plus Zuschläge für Kinder und Ehegatten überschritten wird, sowie Haftung mit maximal 30 % des Einkommens, das diesen Freibetrag übersteigt.

Des weiteren verweisen wir auf Artikel 27 Absatz 3 des Staatsvertrages. Aus ihm ergibt sich, daß das Vermögen der DDR vollständig für jeden von der Bundesrepublik gewährten Kredit oder Vorschub aufzukommen hat. Wir bekommen also nicht eine DM geschenkt, sondern alles, was wir erhalten, ist letztendlich unser Geld, da das Volkseigentum diese Beträge zu begleichen hat.

Somit ist also auch die Diskussion um den Erwerb möglicher Anteile der Bürger am Volkseigentum gegenstandslos. Unserer Meinung nach können wir uns dann auch eine großzügigere Politik gegenüber unseren Frauen und Kindern leisten.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Noch in der Regierungserklärung haben wir gesagt, wir wollen aufrechten Ganges in die Einheit gehen. Wir haben heute einen bedeutenden Schritt für unsere Bürger dieses Landes zu gehen. Gehen auch wir aufrecht.

(Beifall vorwiegend bei PDS und DBD/DFD)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich bitte nun von der Fraktion CDU/DA Herrn Dr. Axthelm.

#### **Dr. Axthelm für die Fraktion CDU/DA:**

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von Anfang an ist dieser Staatsvertrag in den drei eng miteinander verzahnten Kapiteln Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion geplant und verhandelt worden. Die Sozialpolitiker unter uns fühlten sich zunächst in die dritte Reihe gedrängt, und nicht wenige meinten, daß diese Reihenfolge doch hoffentlich nur ungeschickte Formulierung und nicht Programm sei. Es käme doch in der Politik darauf an, die soziale Lage der Menschen in unserem Lande so zu verbessern und zu stabilisieren, daß bestehende Niveauunterschiede zur Bundesrepublik und damit Gründe zum Verlassen unseres Landes nicht mehr gegeben seien.

So hätte man vielleicht vor 10 Jahren oder auch noch vor 2 Jahren denken und politisch handeln können, nicht aber im Frühjahr 1990.

Zu weit heruntergekommen ist die Wirtschaft unseres Landes und, was wohl noch schlimmer ist, die Mehrheit der Menschen hat es aufgegeben, daran zu glauben, daß wir, wie jener Baron von Münchhausen, uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen könnten.

(Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Dieser Umschwung wird wohl durch nichts so deutlich, wie durch den Wandel auf den Transparenten von „Wir sind das Volk“ im Herbst zu „Wir sind ein Volk“ im Frühjahr. Die Politik wurde vorwiegend auf die Frage reduziert: Wie gelingt es, so schnell als möglich das erhebliche Sozialgefälle zwischen den beiden deutschen Staaten abzubauen? Es wird den Regierungsparteien von der Opposition des Hauses, und auch heute hier, oft vorgehalten, daß sie an den wahren Interessen des Volkes vorbei Politik trieben. Nun, ich kann das bei Betrachten der Wahlergebnisse vom 18. März und vom 6. Mai nicht erkennen.

Mit einer Kritik aber haben Sie natürlich völlig recht. Auch Sozial- und Christdemokraten, die DSU und die Liberalen hätten sich gern für eine langsamere Gangart entschieden. Beim Demokratischen Aufbruch gar denken manche noch heute in Jahresritten. Aber sollten wir nicht versuchen, als freigewählte Volksvertreter auch diesen überzeugenden Wählerauftrag zu erfüllen? Wir sehen es jedenfalls so und möchten heute um Ihre Zustimmung werben: Mit der Währungs- und Wirtschaftsunion wird unserem Land eine Radikalkur zugemutet, wie sie bisher noch nirgends in der Welt praktisch erprobt wurde. Wir wissen das. Wir sind aber von deren Richtigkeit überzeugt. Ich wiederhole: Ich möchte für diesen Vertrag werben, für den ich und unsere politischen Verbündeten keine Alternativen sehen.

Sie kritisieren heftig, das weiß ich, ist ja wohl Ihre legitime Funktion in diesem Haus. Sie haben aber bisher kein überzeugendes Gesamtkonzept als Alternative vortragen können.

(Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß die ins Auge gefaßte Therapie unserer maroden Wirtschaft sozial verträglich ist und zu dem angestrebten Ziel der Beseitigung des Sozialgefälles führt.

Wir haben intensiv und sorgfältig die Gesetze beraten und meinen, daß sie dieser Absicht gerecht werden. Lassen Sie mich in zwei Bereichen versuchen, deutlich zu machen, was, wie Sie sicher wissen, in 21 begleitenden Gesetzen den Weg zur Sozialunion ebnet. Ich bitte schon jetzt um ein wenig Überziehungskredit von vielleicht einer Minute in Anbetracht dieses Riesenvolumens. Am wichtigsten sind zunächst sicherlich die Probleme des Arbeitsmarktes zu benennen. Der Strukturwandel der Wirtschaft macht auf schmerzliche Weise die Ergebnisse 40jähriger Mißwirtschaft deutlich. Jetzt wird sichtbar, daß viele Erzeugnisse nicht marktfähig, viele Produktionsprozesse schon längst nicht mehr konkurrenzfähig sind und Arbeitslosigkeit, nur mühsam verdrängt, schon längst vorhanden war. Will man therapieren, muß man sich dieser unangenehmen Diagnose bewußt sein.

Wie ist die Therapie für die zeitweilig während der Umstrukturierung zu erwartenden, jetzt offen zutage tretenden Arbeitslosen? Wir sind davon überzeugt, daß die Rezepte Tarifvertragsfreiheit ohne staatliche Eingriffe, betriebliche Mitbestimmung, Ausgestaltung individueller Arbeitsrechtsverhältnisse, wie sie im Betriebsverfassungsgesetz, im Arbeitsförderungsgesetz oder im angepaßten Arbeitsgesetzbuch festgeschrieben sind, soziale Sicherheit halten oder wiedergeben können. Geht es einem Betrieb schlecht, so muß er eben nicht gleich Leute entlassen, wie es leider heute in völliger Fehlinterpretation von Marktwirtschaft zunächst versucht wird, und das vor allem von ehemaligen sozialistischen Leitern.

(Vereinzelt Beifall bei CDU/DA-Fraktion)

Ich erinnere an den eindringlichen Appell unserer Sozialministerin für die Anwendung von Kurzarbeit und Umschulungsmaßnahmen in solchem Fall auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes. Hier paaren sich doch in sehr sinnvoller Weise temporäre Kurzarbeit und strukturelle Langzeithilfe, indem Lohnkosten gespart und Arbeitskräfte gleichzeitig für neue Aufgaben vorbereitet werden.

Ich darf auch daran erinnern, daß es mit dem angepaßten Arbeitsgesetzbuch und dem Kündigungsschutzgesetz arbeitsgerichtlich einklagbare Sicherungsmechanismen gibt. Nur wissen müssen es die Menschen im Lande. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen endlich als echte Arbeitnehmervertreter entstehen oder wieder entstehen. Wo sind eigentlich die vielen tausend Gewerkschafter in unserem Land? Und wenn nun ein Betrieb weder aus ökonomischen noch aus ökologischen Gründen sanierbar ist, was nützt der schönste Kündigungsschutz, wenn der Betrieb schließt? Hier sind die Möglichkeiten der Arbeitslosenversicherung gefragt, die ja dank einer erheblichen Anschubfinanzierung, und das stimmt eben nicht, Frau Kollegin, daß da keine Leistungen gebracht worden seien ... Obwohl noch keine Beiträge eingezahlt wurden, ist diese Arbeitslosenversicherung